

Kurzfassung des MEMORANDUM '98
der
Arbeitsgruppe 'Alternative Wirtschaftspolitik'

Bewegung in Europa - Blockade in Deutschland
Kurswechsel für Beschäftigung

April 1998

Quelle: <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/memo98/memo98ku.pdf>

Das MEMORANDUM '98 ist am 29.4.98 auf einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die Kurzfassung wurde von über 750 UnterzeichnerInnen unterstützt. Das gesamte MEMORANDUM '98 ist im PapyRossa-Verlag erschienen.

Bewegung in Europa - Blockade in Deutschland

Kurswechsel für Beschäftigung

Kurz vor dem Beginn der Währungsunion ist Bewegung in die europäische Wirtschaftspolitik gekommen. Die neue französische Regierung hat einen Kurs eingeschlagen, der dem Kampf für Vollbeschäftigung höchste Priorität gibt. Die dabei eingesetzten Instrumente - öffentliche Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen, Stärkung der Massenkaufkraft und Umverteilung von oben nach unten - stehen im völligen Gegensatz zu dem bislang vorherrschenden Kurs der Ausgabenkürzungen, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. In Schweden hat die Regierungspartei das Ende des Sozialabbaus verkündet und beschlossen, "das Sparziel dem Ziel der Vollbeschäftigung unterzuordnen". In Italien werden drastische Arbeitszeitverkürzungen als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit vorbereitet, und selbst die englische Regierung ergreift arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die das bislang herrschende neoliberale Muster sprengen. Soziale Bewegungen und politischer Protest haben unübersehbar einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel auf die Tagesordnung in Europa gesetzt.

Nur die deutsche Bundesregierung verharret in völliger Bewegungslosigkeit. Wenn sie aktiv wird, betätigt sie sich als Bremser, Blockierer und Lehrmeister in Europa. Unbeeindruckt von den wirklichen Verhältnissen verkündet sie die Heilsbotschaft des freien Marktes und kämpft noch gegen die Inflation, wo längst Preisstabilität herrscht. Gegenüber der nach wie vor steigenden Arbeitslosigkeit im eigenen Land verhält sie sich ebenso ignorant wie arrogant. Ihre Wirtschaftspolitik erschöpft sich in Gewinnpflege und Schönfärberei. Auf Jahr für Jahr steigende Arbeitslosenzahlen reagiert sie Jahr für Jahr mit der Ankündigung, nun sei das Ende der Talsohle erreicht und fortan gehe es wieder aufwärts. Aufwärts entwickeln sich aber nur Gewinne und Reichtum bei wenigen auf der einen und Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Armut bei vielen auf der anderen Seite.

Mit dieser Politik fügt die Bundesregierung dem eigenen Land Schaden zu. Wegen des großen Gewichtes der deutschen Wirtschaft und des starken Einflusses deutscher Wirtschaftspolitik in Europa kann überdies die deutsche Bewegungslosigkeit den Fortschritt der Veränderungen in Europa erheblich behindern und deutscher Widerstand ihren Erfolg möglicherweise verhindern. Aus beiden Gründen ist ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel in Deutschland dringend erforderlich. Seine Grundlage kann nur der soziale Protest und die politische Bewegung sein, die aus der Kritik an der herrschenden Wirtschaftspolitik und ihren verheerenden Folgen für die Mehrheit der Menschen entstehen. Darüber hinaus bedarf es einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die zeigt, daß und wie auch unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen eine vernünftige, d.h. den gesellschaftlichen Wohlstand für alle Menschen bewahrende und steigernde Organisation der Wirtschaft möglich ist. Zu beidem will dieses Memorandum beitragen.

I. Umverteilung, soziale Zersetzung und Perspektivlosigkeit für die Mehrheit: Wirtschaftspolitik in Deutschland

1. Trotz des konjunkturellen Aufschwungs ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik auch im vergangenen Jahr erneut um fast eine halbe Million auf 4,4 Millionen gestiegen, die der Erwerbstätigen um knapp eine halbe Million gesunken. Im Februar 1998 waren rund 5 Millionen Menschen als Arbeitslose registriert. Zu diesen offiziellen Arbeitslosen müssen noch 3,3 Millionen Personen in der sog. "stillen Reserve" gerechnet werden, die zwar keine Arbeit haben, sich aber, weil sie weder Chancen auf Vermittlung noch Anspruch auf Unterstützung haben, nicht als arbeitslos registrieren lassen. Auch die Menschen, die sich in befristeten Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (0,4 Millionen), in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (0,3 Millionen) sowie in befristeten Rehabilitationsmaßnahmen (0,1 Millionen) befinden, benötigen nach deren Ablauf eine reguläre Arbeit. Insgesamt fehlen in Deutschland,

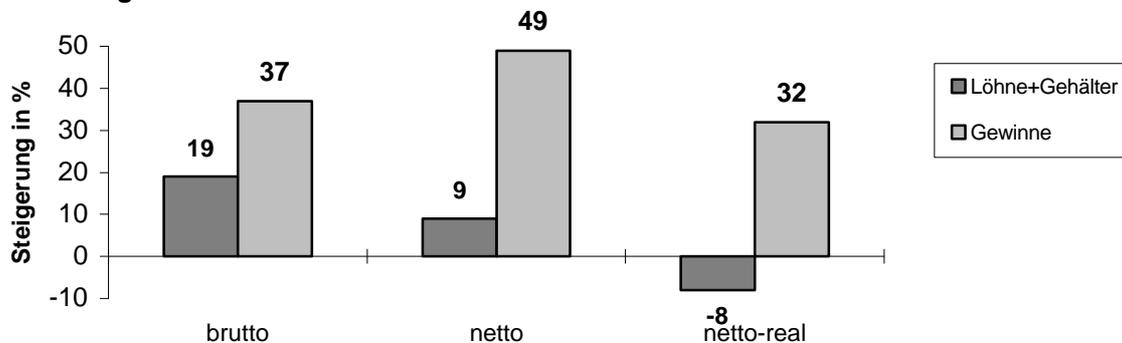
dem größten und reichsten Land der EU, Arbeitsplätze - und damit gesicherte Einkommen - für 8,5 Millionen Personen. Das sind mehr als ein Fünftel (22,1 vH) der Erwerbspersonen und entspricht einem Viertel der Erwerbstätigen. Der Prozeß, der immer mehr Menschen von der Teilnahme am Arbeitsleben und von der damit verbundenen materiellen Sicherheit und gesellschaftlichen Integration ausschließt, geht Jahr für Jahr weiter.

2. Die Bundesregierung und die Unternehmerverbände machen mittlerweile nicht einmal mehr den Versuch, diese katastrophale Entwicklung von einem zum nächsten Rekord der Massenarbeitslosigkeit mit Argumenten zu erklären, die auch nur den Schein von Plausibilität haben. Ihre Verlautbarungen haben die Form versteinierter Rituale angenommen, bei denen die Wirklichkeit kaum eine Rolle mehr spielt:

- Nach wie vor ist von unzureichender Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Weltwirtschaft die Rede - obgleich die deutschen Aussenhandelsüberschüsse Jahr für Jahr steigen, deutsche Unternehmen weltweit die meisten Patente pro Einwohner und pro Einheit des Sozialproduktes halten und die deutschen Anteile beim Weltexport seit Jahren steigen. Daß auch der deutsche Kapitalexport boomt, spiegelt die Stärke deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt wider. Selbst von einigen Managern der Industrie wird mittlerweile gefordert, das Gerede von der deutschen Standortschwäche angesichts der exzellenten Situation der meisten Unternehmen endlich einzustellen.
- Nach wie vor ist von einer zu hohen Lohnkostenbelastung die Rede, obgleich die Lohnstückkosten - in denen auch alle Lohnnebenkosten enthalten sind! - seit Jahren fallen und sich nirgendwo so günstig für die Unternehmen entwickelt haben wie in Deutschland: 1996 und 1997 sind sie hier um 0,4 vH bzw. um 1,8 vH gesunken, in den anderen Ländern der EU (auf die drei Viertel des deutschen Außenhandels entfallen) dagegen um 2,1 vH bzw. 0,9 vH und in den USA um 2,2 vH bzw. 1,0 vH gestiegen. Und diese Unterschiede in der Lohnstückkostenentwicklung der letzten Jahre sind nicht neu, sondern nur die Fortsetzung einer Entwicklung, die mit kleinen Unterbrechungen seit Anfang der 80er Jahre andauert.
- Unverdrossen wird das Märchen von der übermäßigen Steuerbelastung deutscher Unternehmen verbreitet - obwohl dieses keine seriöse Untersuchung bestätigen konnte. Insgesamt führen die zahlreichen Möglichkeiten zur Verminderung der Bruttogewinne um Abschreibungen, Absetzungen und sonstige Abzüge, bevor die Besteuerung ansetzt, zu einer im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Steuerbelastung. Die Besteuerung der gewinnbezogenen Einkommen ist seit Beginn der 80er Jahre von 38 vH auf rund 22 vH zurückgegangen. Bei den 30 größten börsennotierten Unternehmen des DAX ist der Anteil der Steuern am vorsteuerlichen Gewinn von 54 vH in 1989 auf 31,4 vH in 1995 gesunken; manche deutsche Spitzenkonzerne zahlen - weil sie die zahlreichen Steuervermeidungsmöglichkeiten in Deutschland nutzen oder in ausländische Steueroasen ausweichen - überhaupt keine Steuern mehr. Daher ist es nicht erstaunlich, daß der Anteil der Gewinnsteuern am Bruttoinlandsprodukt seit 1990 von 6 vH auf 4 vH gesunken ist.
- Nach wie vor behauptet die Bundesregierung, die öffentlichen Kassen würden durch die ausufernden Ansprüche des deutschen Sozialsystems belastet - obwohl dieses Sozialsystem seit Beginn der 80er Jahre Jahr für Jahr beschnitten und empfindlich gekürzt wird und die Defizite der Sozialversicherungen ausschließlich durch den Einnahmeausfall infolge hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Lohn- und Gehaltseinkommen sowie durch die Art der Finanzierung der deutschen Einheit verursacht werden. Allein durch die Tatsache, daß mindestens 5,6 Millionen Personen in Deutschland in rund 4,5 Millionen Beschäftigungsverhältnissen geringfügig beschäftigt sind und fast eine weitere Million Personen scheinselfständig arbeiten, gehen den Sozialversicherungen jährlich mindestens 20 Mrd. DM verloren. Weitere 7 Mrd. DM sind durch die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder - wo sie

aufgrund der massiven Proteste erhalten blieb - durch eine entsprechende Verminderung von Weihnachts- oder Urlaubsgeld weggefallen.

Entwicklung der Löhne und Gehälter und der Gewinne von 1991 bis 1997



3. Der Ritualisierung bei der Erklärung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit entspricht die Perspektivlosigkeit im politischen Umgang mit ihr. Unbeeindruckt durch die offensichtliche beschäftigungspolitische Erfolglosigkeit setzt die Bundesregierung ihre Politik zur Verbesserung der Gewinnperspektiven für die Unternehmen fort. Sie senkt die Unternehmenssteuern, fordert die Fortsetzung der "moderaten Lohnpolitik", intensiviert den Sozialabbau und appelliert an die ArbeitnehmerInnen, einen langen Atem zu haben und gelegentlich auch an die Unternehmer und Kommunen, doch bitte Arbeitsplätze zu schaffen. Die zahlreichen Innovations- und Zukunftskongresse der Parteien und der Regierung spiegeln in der Regel nur die Hilf-, Konzeptions- und Perspektivlosigkeit der Veranstalter wider. Nach wie vor fehlen eine vernünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklungskonzeption und der politische Wille und die Energie, diese unter Einsatz des makroökonomischen Steuerungsinstrumentariums um- und auch gegen Widerstand durchzusetzen.

Statt dessen besteht der harte Kern der von der Regierung und den Unternehmen größtenteils gemeinsam betriebenen Politik unverändert in:

- der radikalen Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben,
- der Zersetzung regulärer Arbeitsverhältnisse und der sozialen Sicherheit,
- dem schrittweisen Systemumbau durch die Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität und demokratischer Strukturen in einer auf überwiegend abhängige Arbeit gegründeten Gesellschaft.

Umverteilung findet auf zwei Wegen statt: Zunächst steigen die auf den Märkten durchgesetzten Gewinne der Unternehmen sehr viel stärker als die Löhne und Gehälter: Während die ArbeitnehmerInneneinkommen zwischen 1991 und 1997 nominal und brutto um 19 vH zunahm, stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 37 vH, also fast doppelt so stark. Die staatliche Steuer- und Abgabepolitik korrigiert diese Schieflage nicht, sondern vertieft sie durch die unterschiedliche Belastung der Bruttoeinkommen. Während den ArbeitnehmerInnen nur knapp zwei Drittel ihrer Bruttoeinkommen zur Verfügung stehen, liegt dieser Anteil für die Unternehmenseinkommen bei neun Zehnteln. Im Ergebnis nahmen die Nettoarbeitseinkommen seit 1991 nur um 9 vH zu, also halb so stark wie die Bruttoeinkommen. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen dagegen um 49 vH, also mehr als fünf mal so stark. Nach Abzug der Preissteigerungen für den privaten Verbrauch

(17 vH) sanken die Löhne und Gehälter in diesem Zeitraum netto um 8 vH, die Gewinne dagegen stiegen um 32 vH. Die von Unternehmerseite angesichts der Massenarbeitslosigkeit vorgebrachte Behauptung, es fehle nicht an Arbeit, sondern nur an "bezahlbarer Arbeit", muß angesichts dieser Verteilungsverhältnisse als Hohn erscheinen. Sie verdeutlicht aber auch, daß es keine natürliche Grenze oder "Sättigung" der Gewinnansprüche gibt. Geschäftsleitungen von Unternehmen werden immer behaupten, ihre Gewinne seien noch nicht hoch genug. Sie führen den Verteilungskampf in Permanenz, und sie gewinnen ihn, solange die ArbeitnehmerInnen diesem Kampf ausweichen. Ungleiche Einkommensverteilung schlägt sich in ungleicher Vermögensverteilung nieder, und diese wird durch die Erträge aus Geldvermögen, die in neue Geldvermögensbildung fließen, kumulativ weiter verschärft. Wachsende Armut und wachsender Reichtum sind somit zwei Seiten einer Medaille. In der Zeit von 1989 bis 1993, in der die Zahl der Arbeitslosen um ein gutes Viertel, die der SozialhilfeempfängerInnen um 40 vH zunahm, wuchs auf der anderen Seite auch die Zahl der Vermögensmillionäre in Westdeutschland um ein Viertel. Durch die Streichung der Vermögensteuer ab 1997 setzt die Bundesregierung in dieser Entwicklung einen - in Europa fast einzigartigen - zusätzlich polarisierenden gesellschaftspolitischen Akzent.

Zersetzung regulärer Arbeitsverhältnisse: Die durch die hohe Arbeitslosigkeit ohnehin bewirkte Verunsicherung und die Angst um den Arbeitsplatz bei denjenigen, die noch einen haben, werden durch die forcierte Einführung instabiler und nicht existenzsichernder Arbeitsverhältnisse weiter vertieft: Befristete Arbeitsverträge, geringfügige und sonstige atypische Beschäftigungsverhältnisse werden mit dem Versprechen propagiert und eingeführt, daß dadurch insgesamt mehr Arbeitsplätze entstünden. Dies ist bisher nicht eingetreten und ist auch in Zukunft nicht zu erwarten. Was eintritt und zu erwarten war, ist die Verdrängung normal gesicherter Arbeit und die Ausbreitung von Armut trotz Arbeit. Mittlerweile gibt es - je nach Haushaltssituation - zwischen einer halben und anderthalb Millionen Personen, deren Einkommen unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Es ist allerdings blanker Zynismus, wenn hieraus die Schlußfolgerung gezogen wird, die Sozialhilfe müsse weiter gekürzt werden, damit auch bei diesen Löhnen ein Anreiz zur Arbeit bestehen bleibe. Nicht die zu hohe Sozialhilfe, sondern die skandalös niedrigen Löhne sind das eigentliche Problem. Sie sind das Resultat einer seit Beginn der 80er Jahre planmäßig betriebenen Politik sozialer Zersetzung. Schon zu Beginn der 90er Jahre lebten mehr als ein Zehntel (11 vH) aller Vollzeitbeschäftigten und fast ein Viertel (23,9 vH) aller vollzeitbeschäftigten Frauen in Deutschland aufgrund niedriger Löhne mit einem Einkommen, das weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Beschäftigten betrug. Bezogen auf das Durchschnittseinkommen der Männer lag der Anteil der in Armut lebenden - wohlgemerkt: vollzeiterwerbstätigen! - Frauen sogar bei fast einem Drittel (31,5 vH). Diese Quoten sind in den letzten Jahren weiter gestiegen. Die soziale Substanz der Erwerbsarbeit, die nicht nur in existenzsicherndem Einkommen, sondern auch in der Gewißheit besteht, vor sozialen Notlagen geschützt in Zusammenarbeit mit anderen die eigenen Fähigkeiten entfalten zu können, wird durch ungeschützte und nicht existenzsichernde Arbeitsverhältnisse nachhaltig untergraben. Dies wirkt auf diejenigen zurück, die noch ein reguläres Arbeitsverhältnis haben. Dieser einschüchternde Breiteneffekt ist auch - viel mehr als die Schaffung neuer Arbeitsplätze - der Zweck der aktuellen Politik.

Systemumbau: Die vom bayerischen Ministerpräsidenten vorgeschlagene Regionalisierung der Sozialversicherungen und Neuordnung des Finanzausgleichs zielt auf einen weiteren umfassenden Abbau des verfassungsmäßig gebotenen sozialen Zusammenhaltes und der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und bedroht damit eine wesentliche gesellschaftliche Grundlage des demokratischen Zusammenlebens. Dazu passen die verschiedenen politischen Vorstöße des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zur Liquidierung der Flächentarifverträge durch die Aufforderung zum systematischen Tarifbruch sowie zum umfassenden political re-engineering der (zu langwierigen) demokratischen Entscheidungsprozesse und der (zu umständlichen) föderalen Strukturen in der Bundesrepublik, weil beides der Wirtschaft schade.

4. Die vorstehend skizzierten Hauptlinien der Politik werden von uns kritisiert, weil sie zur weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit, zur sozialen Polarisierung und zur Aushöhlung der sozialen Substanz einer

demokratischen Gesellschaft beitragen. Wir beurteilen aber auch die verschiedenen Vorschläge kritisch, sich in der bestehenden Massenarbeitslosigkeit so gut es geht einzurichten und ihre Lasten solidarisch und gerecht zu verteilen. Da Vollbeschäftigung ohnehin nicht wiederhergestellt werden könne, komme es vor allem darauf an, das Beste daraus zu machen und die Lage z.B. durch Umverteilung der verbliebenen Arbeit und Verzicht auf einen entsprechenden Teil des Einkommens für alle erträglich zu gestalten. Diese gutgemeinte Haltung wird gelegentlich durch die These überhöht, Vollbeschäftigung sei nicht nur unmöglich, sondern auch gar nicht wünschbar. Diese Behauptung ist deshalb so gefährlich, weil sie mit der Verwechslung zweier Probleme den Widerstand gegen Arbeitslosigkeit schwächt. Das traditionelle Konzept von (übrigens nie ganz erreichter) Vollbeschäftigung, das durch einen in der Regel männlichen und überwiegend in der Industrie arbeitenden Vollzeitbeschäftigten gekennzeichnet war, aus dessen Einkommen sich die ganze Familie reproduzieren konnte, entspricht nicht den neuen Realitäten zunehmender Frauenerwerbstätigkeit, veränderter Sektorenstrukturen und den Umwälzungen im Arbeitsprozeß. Insofern ist unstrittig, daß das Konzept der Vollbeschäftigung neu bestimmt werden muß. Diese Notwendigkeit einer Neubestimmung sollte aber nicht mit der Aufgabe des Anspruchs auf Vollbeschäftigung verwechselt werden, des Anspruchs nämlich, daß alle Personen, die arbeiten können und wollen, einen ihrer Qualifikation - die im übrigen kontinuierlich durch bezahlte Weiterbildung verbessert werden sollte - entsprechenden Arbeitsplatz erhalten und in die Lage versetzt werden, mit dem Einkommen aus dieser Arbeit sich und Kinder zu reproduzieren. Auf das Ziel der Verwirklichung einer in diese Richtung entfalteten Vollbeschäftigung zu verzichten, halten wir weder für ökonomisch begründet noch für gesellschaftspolitisch akzeptabel.

5. Es ist offensichtlich, daß die Politik zur Verbesserung der Angebotsbedingungen durch Lohnsenkungen und Sozialabbau für die Unternehmen gesamtwirtschaftlich zu einer Drosselung der Binnennachfrage führt, daher das Wachstum bremst und die Arbeitslosigkeit in die Höhe treibt. Die Bundesregierung hofft, dieses gesamtwirtschaftliche Problem durch besondere Förderung und Forcierung des Exportes lösen zu können. Mit 917 Mrd. DM (Preise von 1991) haben bundesdeutsche Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen 1997 einen neuen Rekord erreicht. Die leichte Belebung der Konjunktur im vergangenen Jahr - die Wachstumsrate des BIP stieg von 1,4 vH in 1996 auf 2,2 vH - wurde im wesentlichen durch die Zunahme der Ausfuhren um 11,2 vH getragen, während die großen Aggregate privater Verbrauch (+0,4 vH), Staatsverbrauch (+0,8 vH) und Anlageinvestitionen (+0,2 vH) kaum zunahmen. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung das gleiche Muster eines exportgetragenen Wachstums bei praktisch stagnierenden privaten und staatlichen Verbrauchsausgaben.

Diese Perspektive ist jedoch mittelfristig nicht durchhaltbar. Während nämlich mehr Ausfuhren für Unternehmen ein geeigneter Weg zur Überwindung ihrer Absatzprobleme sein mögen, taugen sie aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nur sehr beschränkt zum Ausgleich der Binnenmarktschwäche. Denn den Ausfuhren stehen Einfuhren gegenüber, die einen Teil der im Inland anfallenden Einkommen absorbieren und den durch Export zusätzlich geschaffenen Einkommen gegenübergestellt werden müssen. Nur der Überschuß der Exporte über die Importe, der Außenbeitrag, könnte zur Überwindung der Nachfrageschwäche beitragen. Dafür ist er aber viel zu klein. Er lag 1997 mit 31,3 Mrd. DM (Preise von 1991) bei 1,0 vH des Bruttoinlandsproduktes. Selbst wenn dieser Außenbeitrag in einem Jahr um 50 vH zunähme, würde das nur zu einer Steigerung des BIP um 0,5 vH führen. Die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft seit langem auch in Aufschwungphasen der Konjunktur sehr viel langsamer wächst als früher, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Politik fast ausschließlich auf hohe Exporte und - im Vergleich dazu natürlich viel geringere - Außenhandelsüberschüsse gesetzt hat. Eine Erhöhung des Außenbeitrags in Dimensionen, die zur dauerhaften Beschleunigung des Wachstums führten, ist zudem aus zwei Gründen nicht wünschenswert: Erstens würde sie auf Kosten der Handelspartner gehen und insofern zur Zunahme der internationalen ökonomischen Konflikte führen. Zweitens ist die damit verbundene Steigerung der Ferntransporte auch ökologisch sehr schädlich.

Die beiden einzigen Jahre relativ kräftigen Wachstums in diesem Jahrzehnt dagegen waren die, in denen durch außerordentlich hohe Staatsverschuldung Transfers nach Ostdeutschland finanziert wurden, die einen Konsumboom verursachten, der auch positive Wirkungen auf die Investitionen hatte (während der Export stark zurückging). Dies verweist auf die auch heute unvermindert wesentliche Rolle des privaten Verbrauchs. Er belief sich 1997 auf 1.759 Mrd. DM (in Preisen von 1991), das sind 56,7 vH des BIP. Eine Zunahme um nur 5 vH würde schon einen Wachstumsschub von 2,8 vH des BIP auslösen und zu einer entsprechenden Ausweitung der Investitionen führen. Letztlich ist eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich, wenn der private und/oder kollektive Endverbrauch nicht steigt. Er wird aber in erster Linie - als privater Verbrauch - durch die Lohn- und Gehaltseinkommen, in zweiter Linie - als kollektiver Endverbrauch - durch die Entwicklung der öffentlichen Abgaben finanziert. Wenn privater und öffentlicher Verbrauch nicht nachhaltig steigen, gibt es keine Verbesserung der Absatzaussichten für die Unternehmen. Sie werden daher nicht investieren, sondern ihre Gewinne in in- und ausländische Finanztitel stecken. Stagnierende Produktion und höhere Arbeitslosigkeit sind die Folgen.

Die Bundesregierung handelt permanent entgegen diesen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen und vertieft somit die Wachstums- und Beschäftigungskrise, statt sie zu bekämpfen:

- Die *Geldpolitik* hält an ihrem beschäftigungsfeindlichen Kurs des knappen Geldes fest und hat dies im Herbst mit einer Zinserhöhung erneut unterstrichen.
- Die *Haushaltspolitik* trägt zum einen durch die Kürzungen von Sozialausgaben zum Verfall der kaufkräftigen Nachfrage bei. Zum anderen begünstigt sie durch Steuerstreichungen, -vergünstigungen und -senkungen für Unternehmen und Reiche die Nettoeinkommen gerade der Gruppen, die sie am wenigsten konsumtiv oder investiv wieder ausgeben. Den Ausfall der Einnahmen aus Einkommen- und Gewinnsteuern (und aus der ab 1997 abgeschafften Vermögensteuer) kompensiert die Regierung durch weitere Kürzungen im Sozialbereich und die Anhebung der Mehrwertsteuer. Gleichzeitig allerdings stellt sie trotz der ansonsten beklagten Mittelknappheit bedenkenlos Geld für unsinnige oder gefährliche Superprojekte wie den Transrapid und den Eurofighter zur Verfügung.
- Die *Einkommenspolitik* propagiert und fördert durch entsprechende gesetzliche Regelungen und Verwaltungsanordnungen die weitere Ausbreitung von Niedriglohnssektoren und erklärt damit die Ursache des Problems - fehlende Massenkaufkraft - zu seiner Lösung.

6. In der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in **Ostdeutschland** hat es 1997 einen Einschnitt gegeben, dessen Konsequenzen bedrohlich sind. Zum ersten mal seit 1992 nahm das BIP weniger stark zu als in Westdeutschland. Dies wird nach den Prognosen auch 1998 der Fall sein. Der ohnehin mit großen Strukturproblemen belastete Aufholprozeß der neuen Bundesländer ist zumindest unterbrochen, wenn nicht beendet, ohne daß das Produktivitäts- und Einkommensniveau Westdeutschlands auch nur annähernd erreicht wurde. Nach wie vor entfallen auf Ostdeutschland zwar 18 vH der Erwerbstätigen in Deutschland, aber nur 9 vH des BIP, 6 vH der industriellen Wertschöpfung und knapp 3 vH des Exportes deutscher Unternehmen. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten lagen 1997 bei weniger als drei Vierteln (73,8 vH) des westdeutschen Niveaus, und die Arbeitslosenquote stieg auf das Doppelte der westdeutschen. Wenn jetzt das ostdeutsche Wachstum zurückbleibt, wird sich der große Abstand in Produktivität, Einkommen und Wohlstand zwischen beiden Teilen Deutschlands weiter vergrößern.

Die chronischen Strukturschwächen der ostdeutschen Wirtschaft - das Fehlen großer forschungsintensiver Unternehmen, Managementdefizite, regionale Zersplitterung, der Mangel an Kooperationsverbänden etc.- machen sich unter diesen Bedingungen besonders nachteilig bemerkbar. Sie führen dazu, daß die hohe Abhängigkeit Ostdeutschlands von westdeutschen Transfers noch für lange Zeit bestehen wird. Die von der Bundesregierung bis zum Jahre 2004 zugesagten Mittel, die sich nach dem derzeitigen Stand auf

rund 140 Mrd. DM pro Jahr belaufen, werden nicht ausreichen, um die Lebensqualität der ostdeutschen Bevölkerung auch nur zu halten, geschweige denn wesentlich zu verbessern. Zudem ist es sehr fraglich, ob diese Zusagen angesichts der selbstverschuldeten Mittelknappheit und des bereits einsetzenden Zerfalls der Solidarität zwischen den Bundesländern eingehalten werden. Damit sind ein weiteres überdurchschnittliches Wachstum der Arbeitslosigkeit sowie eine Zuspitzung sozialer und ökonomischer Konflikte in Ostdeutschland - und eine weitere Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschland - vorprogrammiert.

Diese bedrohliche Perspektive kann weder auf neue, vorher nicht bekannte Tatsachen noch auf die Erblasten der früheren DDR zurückgeführt werden. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer Politik, die das insgesamt schwächere ökonomische Potential der ehemaligen DDR sehenden Auges zerstörte, um die politische Einheit über die Bühne zu bringen. Die Erblasten der ostdeutschen Wirtschaft werden immer mehr zu den Erblasten einer rücksichtslosen Durchsetzung der Währungsunion und einer Zerschlagung bestehender Produktionsstrukturen und -zusammenhänge durch die westdeutsche Wirtschaftspolitik.

II. Trotz Neoliberalismus und Währungsunion: Bewegung für eine andere Politik in Europa

7. Die Entscheidung über die Länder, die an der am 1.1.1999 beginnenden Währungsunion teilnehmen sollen, und über die geplanten Umtauschkurse ihrer nationalen Währungen zum EURO macht die tatsächliche Einführung der Währungsunion zwar sehr wahrscheinlich, beseitigt aber ihre Gefahren und Risiken nicht. Im Gegenteil, zunächst entstehen neue Unsicherheiten, denn die jetzt fixierten Umtauschkurse müssen bis zum 31.12.1998 gegen die Attacken von Spekulanten verteidigt werden. Solche Angriffe werden deshalb stattfinden, weil schon die Entscheidung über die teilnehmenden Länder politisch umstritten ist und die Festlegung der Umtauschkurse nicht minder kontroverse Reaktionen auslösen wird. Eine erfolgreiche Verteidigung dieser Entscheidung gegenüber allen spekulativen Angriffen erfordert den unbedingten Willen der beteiligten Zentralbanken und Regierungen, die - selbstverständlich und zu Recht auch unter Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte festgelegten - Umtauschkurse, die ja bis Ende 1998 noch tatsächliche Wechselkurse sind, unter allen Umständen und unter Einsatz aller verfügbaren Instrumente - Devisenreserven und administrative Maßnahmen - zu verteidigen. Ob eine solche Bereitschaft tatsächlich besteht, muß angesichts der fundamentalistischen Position der Bundesbank und einiger Regierungen bezweifelt werden. Wenn sie aber nicht besteht und es den "Märkten" gelingt, andere Umtauschkurse durchzusetzen oder gar einzelne Länder aus der Reihe der Teilnehmerländer hinauszuschießen, wäre die Währungsunion schon vor ihrem Beginn außerordentlich stark diskreditiert.

Neben diesem unmittelbaren Zusatzrisiko bleibt aber das "normale" Risiko bestehen, das mit der in Maastricht 1991 beschlossenen und in Amsterdam 1997 bekräftigten Zielsetzung der Währungsunion verbunden ist. Es besteht darin, daß die Währungsunion nicht - wie nach offiziellen Erklärungen beabsichtigt - zur engeren und solidarischen Einigung Europas führt, sondern polarisierend wirkt, weil sie die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft und die bereits heute großen Unterschiede in und zwischen den Ländern der EU und zwischen der EU und den Nicht-EU-Mitgliedern in Europa weiter verschärft. Die Kompetenz für die Geldpolitik in Europa geht ab 1999 ausschließlich auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) mit der Europäischen Zentralbank (EZB) als Kern über, und die im Vertrag vorgezeichnete geldpolitische Linie soll kaum Spielraum für die Unterstützung europäischer Beschäftigungs- und Wachstumsorientierung lassen. Eine gemeinsame und verbindliche europäische Beschäftigungspolitik ist auch nach der im Juni 1997 in Amsterdam beschlossenen Einführung eines Beschäftigungskapitels in den EG-Vertrag nicht vorgesehen. Die - immer schon vorgeschriebene - Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitiken hat nur empfehlenden Charakter, und konsequente nationale Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird durch die vertraglichen Beschränkungen der öffentlichen Ausgaben stark behindert und

teilweise unmöglich gemacht. Im EG-Vertrag ist europäische Wirtschaftspolitik auf die langfristige Fortsetzung der Austeritätspolitik angelegt, und der sog. Stabilitätspakt von Amsterdam hat diese Orientierung noch einmal unterstrichen.

Wegen dieser beschäftigungsfeindlichen Ausrichtung und der Tendenz zur Auflösung des - ohnehin noch nicht starken - sozialen Zusammenhaltes in Europa haben wir die konkrete Konstruktion der Europäischen Währungsunion - nicht den Gedanken einer Währungsunion an sich - seit Jahren kritisiert und gefordert, daß vor ihrer Einführung das gemeinsame wirtschaftspolitische Instrumentarium nicht nur zur Bekämpfung der Inflation, sondern auch und vor allem zum wirksamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für sozialen Ausgleich und umweltverträgliches Wachstum weiterentwickelt und eingesetzt werden sollte. Mit dieser Forderung haben wir uns nicht durchsetzen können. Die Kritik an der Währungsunion hat sich statt dessen in Deutschland überwiegend in eine Richtung entwickelt, die unserer Position ganz entgegengesetzt ist: Mit der Kampagne gegen einen "weichen EURO" werden diffuse Ängste der BürgerInnen geschürt, wird der irrationale Stabilitätsfundamentalismus weiter verfestigt und nationalistisches Konkurrenzdenken angeheizt. Die in der Öffentlichkeit vielfach zu beobachtende Arroganz und die Überheblichkeit gegenüber anderen, als "scheinsolide" oder "unsolide" abqualifizierten Ländern, Regierungen und Völkern, die noch viele Jahre benötigten, um das deutsche Niveau zu erreichen (und sich, wenn sie es denn überhaupt ernsthaft wollten, zu diesem Zweck noch sehr anstrengen müßten), wird zunehmend unerträglich und entwickelt sich zu einem eigenständigen politischen Konfliktelement in Europa.

Wenn die Währungsunion 1999 beginnt, kommt es darauf an, erstens die im Vertrag vorhandenen engen Spielräume für eine Beschäftigungspolitik zu nutzen, zweitens sie auszuweiten und drittens längerfristig auf eine Veränderung des Vertrages in Richtung auf eine ausgewogenere wirtschaftspolitische Orientierung hinzuarbeiten.

8. In den letzten Jahren hat es jedoch auch positive Entwicklungen gegeben. Sie haben dazu geführt, daß die Bedingungen für eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Weichenstellung in der Währungsunion sich ein wenig verbessert haben. Mittlerweile läuft nämlich nicht mehr alles in Europa so, wie sich die Deutsche Bundesbank dies in ihrem Stabilitätsfundamentalismus vorstellt. Dies wird erstens schon auf der höchsten Ebene des Vertrags und der Gipfeltreffen deutlich. Zweitens kommt es in den zunehmenden sozialen Bewegungen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau im Namen Europas zum Ausdruck. Drittens stellt die Politik der seit einem Jahr amtierenden französischen Regierung den eindrucksvollen Versuch dar, einen anderen wirtschaftspolitischen Weg einzuschlagen.

Die ersten Spalten und Risse - Haarrisse noch - im Gebälk des europäischen Neoliberalismus haben sich im vergangenen Jahr gezeigt:

- Die Bundesregierung konnte die Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in den EG-Vertrag trotz massiven Widerstandes nicht verhindern - wenn sie auch erfolgreich in dem Bemühen war, dieses Kapitel weitgehend zahnlos zu machen.
- Sie konnte auch die Durchführung eines Sondergipfels über Beschäftigung in Europa im November nicht blockieren - hat es allerdings vermocht, auch diesen mit unverbindlichen Empfehlungen enden zu lassen.
- Vor allem aber ist der Stabilitätspakt nicht so extrem rigide ausgefallen, wie sich die Bundesregierung das gewünscht hatte: Statt des von ihr geforderten Automatismus, mit dem eine Geldstrafe fällig wird, wenn ein Land die zulässigen Grenzen für die staatliche Neuverschuldung überschreitet, muß in jedem einzelnen Fall hierüber politisch entschieden werden - was es möglich macht, auf einen solchen Beschluß auch zu verzichten.

- Schließlich hat sich insbesondere die deutsche Bundesbank auch nicht mit ihrem Wunsch durchsetzen können, die Währungsunion mit einem möglichst kleinen Kreis von Ländern zu beginnen, die ganz auf der deutschen Stabilitäts-Linie liegen. Eine größere Zahl der teilnehmenden Länder eröffnet aber immerhin die Möglichkeit, auch andere als fundamentalistische Gesichtspunkte in die europäische Geldpolitik einzubringen, auch wenn der Spielraum hierfür aufgrund der Vertragslage gering ist.

Darüber hinaus hat in so gut wie allen Ländern der EU mittlerweile auch auf Parlaments- und Regierungsebene eine intensive Diskussion über das neoliberale Modell eingesetzt, das im Vertrag von Maastricht seinen Niederschlag gefunden hat. Angestoßen und getragen wurde diese Diskussion durch den gewachsenen und weiter wachsenden Protest sozialer Bewegungen gegen die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen, die ihnen im Namen Europas auferlegt wird. Eine breite öffentliche Diskussion über die realitätsfernen Annahmen und Abstraktionen sowie über die handfesten Interessen von Minderheiten, die hinter diesem wirtschaftstheoretischen Glaubensbekenntnis und wirtschaftspolitischen Kreuzzug stehen, schafft aber die besten Voraussetzungen für eine weitergehende politische Bewegung, die beides überwindet.

Herausforderung an den Neoliberalismus - Vorrang für Beschäftigungspolitik in Frankreich
Die wichtigsten Maßnahmen

1. Stärkung der Massenkaukraft

- Steigerung des gesetzlichen Mindestlohnes um 4 vH auf 5.240 ffrs. für 2,2 Millionen Beschäftigte.
- Erhöhung der Unterstützungszahlung für SchulanfängerInnen von 420 auf 1.000 ffrs.
- Senkung der Krankenkassenbeiträge für ArbeitnehmerInnen bei gleichzeitiger - geringerer - Erhöhung der allgemeinen Sozialversicherungsabgabe. Nettoentlastung für ArbeitnehmerInnen um 30 Mrd. ffrs. (= 2 vH für niedrige Einkommen) bei gleichzeitig höherer Besteuerung von Kapitalerträgen.

2. Öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme

- Schaffung von 350.000 Arbeitsplätzen in neuen Berufsfeldern im öffentlichen Sektor.
- Finanzielle Unterstützung von 350.000 neuen Arbeitsplätzen im privaten Sektor .

3. Arbeitszeitverkürzung

- Verabschiedung eines Gesetzes, das die Verminderung der gesetzlichen Regelarbeitszeit von 39 auf 35 Stunden für private Unternehmen mit über 20 Beschäftigten bis zum Jahre 2000 und für kleinere Unternehmen bis zum Jahre 2002 vorsieht.
- Die vorzeitige Umsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Neueinstellung (mindestens 6 vH) wird mit staatlichen Subventionen gefördert.
- Zusätzliche Subventionen gibt es für weitere Arbeitszeitverkürzungen auf 32 Stunden ab dem Jahre 2002.

9. Die bedeutendste reale Herausforderung des neoliberalen Einheitsdenkens in der EU stellt gegenwärtig die neue Wirtschaftspolitik der französischen Regierung dar. Sie ist das Ergebnis des zunehmenden Widerstandes der Menschen in Frankreich gegen den rücksichtslosen Sozialabbau, den die Regierung Juppé unter Hinweis auf die von der EU ausgehenden Zwänge betrieben hatte. Er hatte sich bereits 1995 und 1996 in massiven Streiks und sozialen Protestbewegungen niedergeschlagen, die von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurden. Im Sommer 1997 hat dieser Protest - sowie eine völlige Fehleinschätzung der Stimmung im Lande durch den französischen Staatspräsidenten - zur Abwahl der Regierung geführt. Die neue Regierung unter dem sozialistischen Premierminister Jospin stellte - trotz ihrer Einbindung in den Vertrag von Amsterdam - den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ins Zentrum ihrer Politik. Sie setzt dabei nicht auf Deregulierung, Niedriglöhne und Kostensenkung für die Unternehmen, sondern nutzt das vorhandene - im übrigen auch in anderen Ländern bestehende - wirtschaftspolitische Instru-

mentarium zur Stärkung der Massenkaukraft, für öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme und gesetzlich vorgeschriebene spürbare Arbeitszeitverkürzungen sowie für eine Korrektur der Verteilungsverhältnisse. (Vergleiche die Übersicht)

Diese Neuausrichtung der Politik hat - wahrscheinlich zur Verblüffung deutscher Neoliberaler - weder zum Zusammenbruch der Wirtschaft noch zum fluchtartigen Verlassen des Landes durch die Unternehmen geführt, die allerdings harten Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung angekündigt haben. Wenn die Regierung gegenüber diesem Widerstand - bei allen Kompromissen im einzelnen - trotzdem ihren Kurs beibehalten will, wird sie nach wie vor auf die Unterstützung und den Druck der sozialen Bewegungen angewiesen sein. Zunächst entwickelt sich die wirtschaftliche und soziale Lage allerdings günstig: Der Mitte des Jahres begonnene Konjunkturaufschwung hat sich fortgesetzt, und die Zahl der Arbeitslosen - die in Deutschland weiter zugenommen hat - ist im Dezember 1997 um 2,8 vH gegenüber dem Vormonat und 1997 insgesamt um 1,7 vH gegenüber 1996 zurückgegangen. Bei den jungen Arbeitslosen, für die ein bereits im vergangenen Herbst greifendes Beschäftigungsprogramm aufgelegt wurde, betrug der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf Jahresbasis immerhin 12,5 vH.

10. Die neue französische Wirtschaftspolitik stellt einerseits eine Ermutigung für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in anderen Ländern der EU dar. In Italien wird mittlerweile die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche intensiv auch auf Regierungsebene diskutiert. Die schwedische Regierung hat ihren Sparkurs weitgehend revidiert. Selbst die ab Mai 1997 neu amtierende englische Regierung hat - bei aller neoliberalen Rhetorik - einige problemgruppenbezogene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verabschiedet, die nicht ohne weiteres als Fortsetzung der alten Politik abzuqualifizieren sind.

Andererseits bedeuten diese ersten Schritte für eine wirtschaftspolitische Wende keinesfalls den Durchbruch oder auch nur den Beginn einer unaufhaltbaren Fortschrittsdynamik in Europa. Die neue französische Politik muß gegenwärtig in einem überwiegend feindlichen, weil von marktradikalen und stabilitätsfundamentalistischen Positionen dominierten Umfeld in Europa operieren. In diesem Umfeld geben die deutsche Bundesregierung und mehr noch die deutsche Bundesbank nach wie vor den Ton an. Beide haben bereits einmal, zu Beginn der 80er Jahre, wesentlich dazu beigetragen, daß eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik in Frankreich zum Scheitern gebracht wurde. Beide haben sich auch in den letzten Jahren mit zunehmender Borniertheit und Härte als Bremser und Blockierer jeder Änderung oder Lockerung des strikten Austeritätskurses profiliert und derartige Abweichungen vom deutschen Pfad der Tugend wo immer möglich verhindert.

- Als die Bundesregierung bemerkte, daß der Wortlaut des Maastrichter Vertrages bei vernünftiger Interpretation mehr wirtschaftspolitischen Spielraum enthält, als es die neoliberale Denkverengung zuläßt, hat sie versucht, diesen Spielraum durch den Stabilitätspakt zu eliminieren, und dies ist ihr weitgehend - wenn auch nicht vollständig - gelungen.
- Bei der Regierungskonferenz 1996/97 hat die Bundesregierung zunächst gegen die Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in den EG-Vertrag gekämpft und dann versucht, die in dem Entwurf dieses Kapitels vorgesehenen verbindlichen Maßnahmen der Beschäftigungspolitik zu verhindern. Ersteres gelang ihr nicht, letzteres aber wohl.
- Ähnlichen Bremserfolg hatte die Bundesregierung beim Luxemburger Beschäftigungsgipfel im November 1997: Als sie ihn nicht verhindern konnte, sorgte sie dafür, daß er weitgehend unverbindlich blieb.
- Schließlich hat die deutsche Regierung beim Gipfel im Dezember auch durchgesetzt, daß der französische Wunsch nach einer stärkeren und verbindlicheren wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den EU-Mitgliedern - gedacht als Parallele und Gegenstück zum geldpolitischen Zentralismus - abgelehnt wurde.

11. Es kennzeichnet also einerseits die Veränderung des wirtschaftspolitischen Klimas in der EU, daß das Thema Arbeitslosigkeit und Beschäftigung nicht mehr ausgeklammert werden kann und daß rein neoliberale Strategien mehr und mehr in die Kritik geraten. Es kennzeichnet andererseits aber auch die Machtverhältnisse in Europa, daß diese Strategien nach wie vor - mit wenigen Ausnahmen - die wirtschaftspolitische Realität bestimmen. Um diese Kräfteverhältnisse zu verändern, ist vor allem eine Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses in Deutschland erforderlich. Die deutsche Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank sind - das läßt sich ohne Übertreibung sagen - die größten und mächtigsten Hindernisse für die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in Europa. Eine Unterstützung dieser Neuorientierung in Deutschland sollte daher vor allem darin bestehen, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, daß Deutschland alles unterläßt, was den Erfolg der neuen beschäftigungspolitischen Ansätze in Europa und insbesondere in Frankreich be- oder verhindern könnte. Dazu gehört in erster Linie, daß die Bundesbank nicht versucht, durch eine Heraufsetzung der Zinsen den Aufschwung in Frankreich zu torpedieren, und die Bundesregierung nicht versucht, durch eine fundamentalistisch-restriktive Interpretation der Konvergenzkriterien den Kreis der Länder klein zu halten, die der Europäischen Währungsunion ab 1.1.1999 angehören. Die bescheidenen Leitlinien des Beschäftigungsgipfels von Luxemburg sind im Sinne einer Selbstverpflichtung aufzufassen und streng durchzuführen, und die wirtschaftspolitische Koordinierung nach Art. 103a sollte - wie es die französische Regierung vorgeschlagen hat - sehr viel intensiver und mit der Vorgabe konkreter gemeinsamer Ziele hinsichtlich der Beschäftigung und des sozialen Ausgleichs erfolgen. Hierzu gibt es viele Möglichkeiten, die über die unverbindlichen Minimalanforderungen hinausgehen.

Wesentlich für den Fortschritt der europäischen Einigung wird in den nächsten beiden Jahren die mittelfristige Finanzplanung der EU sein. Hier sollte die Bundesregierung ihre Blockadehaltung aufgeben und einer deutlichen Steigerung des EU-Haushaltes zustimmen, ohne die weder das engere Zusammenwachsen der Länder der EU erfolgen noch der Beitritt der osteuropäischen Staaten ernsthaft angegangen werden kann.

Hinsichtlich der Währungsunion wird es in den nächsten Monaten darauf ankommen, die Anfang Mai verkündeten Umtauschkurse der nationalen Währungen gegen spekulative Angriffe zu verteidigen, auch wenn dies einen hohen Mitteleinsatz der Zentralbanken erfordert. Dies kann außer durch gemeinsame Zentralbankinterventionen mit der gemeinsam verabredeten Einführung einer Devisenumsatzsteuer und - sofern das nicht ausreicht - durch die Wiedereinführung befristeter Kapitalverkehrskontrollen erfolgen. Beide Instrumente stehen auch nach dem Beginn der Währungsunion gegenüber Drittwährungen zur Verfügung.

Dringend notwendig ist zudem gemeinsames Handeln aller EU-Mitgliedsländer in der Steuerpolitik, denn die gegenwärtige Steuerkonkurrenz der Mitgliedsländer hat bereits eine Abwärtsspirale bei den nationalen Steuereinnahmen in Gang gesetzt und die finanzielle Basis für aufgabengerechtes staatliches Handeln ausgezehrt. Um diesen Trend zu stoppen, müssen zunächst und vor allem die Steueroasen in der EU beseitigt und muß die Steuerflucht aus der EU heraus verhindert werden. Dies kann durch eine Angleichung der Gewinn- und Kapitalertragsteuern auf EU-Ebene und durch eine gemeinsame Besteuerung von Kapitalabflüssen erfolgen. Eine Aufteilung der Einnahmen aus der Devisenumsatzsteuer auf die EU und die Mitgliedsländer würde die Einnahmehasis beider erheblich stärken.

Vor dem Hintergrund zunehmender Unzufriedenheit mit dem neoliberalen Kurs in der EU markiert die französische Wende einen *Aufbruch* zu einer solchen Neuorientierung. Wenn es gelingt, auch in Deutschland eine ähnliche Wende herbeizuführen, wäre das der *Durchbruch* für Europa. Dazu ist ein Regierungswechsel zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Es ist vielmehr ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel erforderlich, der auf einem neuen wirtschaftspolitischen Leitbild, auf makroökonomischer Kompetenz und auf der Entschlossenheit beruht, beides auch gegen Widerstand durchzusetzen.

III. Mobilisierung für den Kurswechsel: Beschäftigungspolitik in Deutschland

12. Der wirtschaftspolitische Kurswechsel, der erforderlich ist, um Massenarbeitslosigkeit und soziale Polarisierung zu überwinden, kann nur gelingen, wenn der in Deutschland vorherrschende Marktfundamentalismus zurückgewiesen wird. Dieser Lehre zufolge sind Märkte die einzig effizienten Steuerungsmechanismen der Wirtschaft. Wirtschaftspolitik hat sich darauf zu beschränken, die Märkte offen und das Geld knapp zu halten. Alles andere erledigt der Markt, und es steht weder der Gesellschaft und schon gar nicht ihren politischen Institutionen zu, über die Qualität von Marktergebnissen zu befinden.

Der zweifelhafte Vorteil dieses Denkmusters besteht darin, daß es keine besonderen Analyseanstrengungen erfordert, sondern in missionarischer Vereinfachung gepredigt werden kann. Dieser Vorteil geht allerdings zu Lasten der Realitätstüchtigkeit. Denn bei genauerer Betrachtung ergibt sich ein anderes Bild.

Funktionierende Märkte erfüllen wichtige und effiziente Lenkungen in einem bestimmten gesellschaftlichen Rahmen und sind insofern unverzichtbar für eine komplexe Wirtschaft. Sie haben aber auch Defizite, und sie können den gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie operieren, nicht selbst in gesellschaftlich vernünftiger Weise gestalten. Marktprozesse werden durch das Gewinnstreben von Unternehmen getrieben. Sie können daher keine Güter produzieren, die allen Mitgliedern der Gesellschaft unabhängig von ihrem Einkommen zur Verfügung stehen sollten und wesentlich für die Leistungsfähigkeit von Marktwirtschaften sind: soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Rechtssicherheit, Infrastruktur. Sich selbst überlassen, neigen Märkte einerseits zu Vermachtung und andererseits dazu, sich rücksichtslos gegenüber Mensch und Umwelt zu verhalten. Das kann zu betriebswirtschaftlichen Gewinnen, wird aber gleichzeitig zu volkswirtschaftlichen Schäden führen: Zerstörung der natürlichen Umwelt etwa durch Schadstoffemissionen in Wasser und Luft, Gesundheitsschäden durch übermäßige Beanspruchung der Arbeitskraft, gesellschaftliche Schäden durch Zerstörung von Familien und Solidarität usw. Sich selbst überlassene Märkte produzieren starke Ungleichheiten der Einkommensverteilung und - daraus resultierend - gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche und Krisen. Unter dem Druck eines Finanzsektors, dessen nationale und internationale Beweglichkeit aufgrund technologischer Entwicklungen und politischer Deregulierung und Liberalisierung außerordentlich groß geworden ist, orientieren sich auch Produktionsunternehmen immer öfter an der Perspektive kurzfristiger Gewinne und verlieren die Fähigkeit, sich an langfristigen strategischen Zielen auszurichten.

Eine leistungsfähige und an hohem Lebensstandard für alle orientierte Organisation der Wirtschaft braucht einen gesellschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen Unternehmen operieren und Märkte funktionieren können. Sie braucht ferner korrigierende und steuernde Eingriffe gegenüber den sozialen, ökologischen und gesamtwirtschaftlichen Fehlleistungen des Marktes. Beides kann nicht durch Vereinfachung geschaffen werden, sondern bedarf der differenzierten Analyse und differenzierenden Praxis. Die Grundlage dieser Analyse und Praxis kann in einer demokratischen Gesellschaft nur die öffentliche Diskussion, Willensbildung und Entscheidung über den gesellschaftlichen Rahmen und die Leitbilder oder Eckpunkte sein, an denen wirtschaftliche Entwicklung sich orientieren sollte. Diese Diskussion kommt auch in Deutschland in Gang. Sie reicht auch über den Kreis der Gewerkschaften hinaus, wie beispielsweise das jüngste gemeinsame Wort der beiden christlichen Kirchen zur sozialen Lage eindrucksvoll belegt.

Als derartige wirtschaftspolitische Leitbilder hatten wir in den letzten Jahren immer wieder *Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit* vorgeschlagen. Wir fühlen uns hierin auch dadurch bestätigt, daß sich auch in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern die Diskussion über Alternativen zum Neoliberalismus an diesen oder sehr ähnlichen Leitbildern orientiert. Dabei halten wir prinzipiell alle vier Ziele für gleichermaßen wichtig. Faktisch aber kommt der Vollbeschäftigung deshalb eine Schlüsselfunktion zu, weil die hohe Arbeitslosigkeit nicht nur

die materielle Lage und soziale Sicherheit der unmittelbar Betroffenen schädigt und das ökonomische Potential der Gesellschaft verschwendet, sondern auch politisch so stark einschüchtert, daß Fragen der ökologischen Krise und sozialen Gerechtigkeit aus der öffentlichen Diskussion verdrängt werden. Erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist daher nicht nur für sich, sondern auch als Zugang zu den anderen Zielen eine Voraussetzung. Hierauf werden wir uns daher im folgenden konzentrieren.

13. Als Instrumente der Beschäftigungspolitik schlagen wir auch in diesem Memorandum die mehrfach erläuterten Maßnahmen vor:

a. *Öffentlich finanzierte Investitionsprogramme.* An Bedarf für derartige Investitionen fehlt es nicht. Er reicht vom sozialen Mietwohnungsbau über die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die Dezentralisierung und den Umbau der Energieversorgung, die materielle Forschungsinfrastruktur bis zur ökologischen Altlastensanierung. Derartige Programme haben neben dem Beschäftigungseffekt auch einen strukturellen und ökologischen Lenkungseffekt, der im Sinne des ökologischen Umbaus, des regionalen Ausgleichs und der sektorspezifischen Modernisierung genutzt werden kann und soll. Überdies fehlen nach wie vor zukunftsweisende Investitionen in Ostdeutschland. Das Argument der Bundesregierung, mit dem derartige Beschäftigungsprogramme abgelehnt werden, es handele sich nur um kurzfristige Strohfeuer, sticht nicht: Zum einen verbessern derartige Investitionen auch die Angebots- und Kostenbedingungen ganz im Sinne der neoklassischen Theorie. Zum anderen lösen sie Multiplikator- und Akzeleratoreffekte aus, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit das Wachstum über den Anfangseffekt hinaus ankurbeln. *Wir schlagen vor, fünf Jahre lang jeweils 120 Mrd. DM für derartige Investitionsprogramme einzusetzen und damit eine Million Arbeitsplätze zu schaffen. Zur Frage der Finanzierung eines solchen Programmes weisen wir bereits an dieser Stelle auf den hohen Selbstfinanzierungseffekt erfolgreicher Beschäftigungspolitik hin. Im übrigen werden wir zu dieser Frage weiter unten Stellung nehmen.*

b. *Ausbau der Arbeitsmarktpolitik.* Die wesentliche Funktion arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen besteht darin, drohende Arbeitslosigkeit mit den sozialen und Dequalifikationsfolgen auch dann zu verhindern, wenn Unternehmen Belegschaften abbauen oder Betriebe schließen. In dieser Hinsicht sind in den letzten Jahren mit großer Energie und Kreativität Formen entwickelt worden, die über eine bloße Verwahrung von Arbeitslosen hinausgehen - wenn sie auch die hohe Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt schaffen können. Die Bundesregierung hat die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren jedoch drastisch eingeschränkt und damit zum weiteren Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit - ganz besonders in Ostdeutschland - beigetragen. *Wir schlagen vor, diese Entwicklung umzukehren und unter Einsatz von 25 Mrd. DM zusätzliche 500.000 Arbeits- und Weiterbildungsplätze zu schaffen.*

c. *Lohnkostensubventionen.* Dieses Instrument kann allerdings nicht generell angewandt werden, weil die Höhe der Lohnkosten überwiegend kein Grund für Probleme in den Betrieben ist. Bei kleineren und mittleren Betrieben kann dies aber dennoch gelegentlich der Fall sein, insbesondere in Übergangs- und konjunkturellen Krisenphasen. Hier können Lohnkostensubventionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sinnvoll sein. Sie sollten jedoch befristet vergeben und ihre Beschäftigungswirkung sollte genau überprüft werden. Es muß verhindert werden, daß Lohnkostensubventionen als Einstieg in einen dauerhaften Niedriglohnsektor mißbraucht werden. *Wir schlagen vor, zur Unterstützung von 500.000 Neueinstellungen in mittelständischen Unternehmen 20 Mrd. DM bereitzustellen.*

14. Ein zentrales Element der Beschäftigungspolitik ist der Ausbau statt des aktuell betriebenen drastischen Abbaus der Beschäftigung im *öffentlichen Sektor*. Dies betrifft zum einen den traditionellen *öffentlichen Dienst*, der seine Aufgaben wegen akuten Personalmangels immer schlechter erfüllt. Davon sind diejenigen besonders hart betroffen, die nicht in der Lage sind, sich ersatzweise entsprechende Dienstleistungen - in Privatschulen, Privatkliniken, Privatuniversitäten, teuren Kultureinrichtungen oder als private Sicherheitsdienste etc. - über den Markt zu beschaffen. Der generelle Personalabbau im öffentlichen Dienst muß daher gestoppt werden, in den Bereichen des wachsenden Dauerbedarfs muß zu-

sätzliches Personal eingestellt werden. Dies steht einer Modernisierung, Entbürokratisierung und größerer BürgerInnennähe des öffentlichen Dienstes sowie einer Reform und Entrümpelung des Dienstrechtes nicht entgegen, sondern ist seine Voraussetzung.

Darüber hinaus schlagen wir den Aufbau eines zusätzlichen *öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS)* vor. In ihm sollen gemeinwohlorientierte Arbeiten geleistet werden, für die es keine Marktnachfrage im herkömmlichen Sinne, wohl aber gesellschaftlichen Bedarf gibt. Die Grundlage dieses Vorschlages ist die folgende beschäftigungspolitische Konzeption: In dem Maße, wie die Privatwirtschaft nicht in der Lage ist, über die Marktmechanismen für Vollbeschäftigung zu sorgen, steht der Staat - aus sozialen ebenso wie aus gesamtwirtschaftlichen Gründen - in der Pflicht, Beschäftigung auch über den traditionellen öffentlichen Dienst hinaus zu schaffen. Damit sollte klar sein, daß der ÖBS nicht in Konkurrenz zum öffentlichen Dienst tritt und ihn schon gar nicht verdrängen, sondern sich neben und zusätzlich zu ihm entfalten soll. In ihm werden zusätzliche Arbeiten - zu normalen tariflichen Bedingungen und mit normalen unbefristeten Arbeitsverträgen (die beispielsweise als Pionierprojekt Teilzeitarbeit mit voller sozialer Absicherung vorsehen könnten) - von denen geleistet, die auf den herkömmlichen privaten und öffentlichen Arbeitsmärkten keine Beschäftigung finden. Die aus der Not geborene Politik zur Beseitigung hoher Arbeitslosigkeit schafft so zugleich die Chance zusätzlichen gesellschaftlichen Nutzens und Wohlstands. Tätigkeitsfelder, in denen derartige Arbeiten geleistet werden können, gibt es genug, z.B. Betreuung und Beratung im schulischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich (Schulaufsicht, Nachhilfeunterricht, Sportbetreuung, Stadtführungen, Jugendhilfe, Kultur-, Freizeit- und Qualifizierungsprojekte etc.).

Zur Finanzierung des ÖBS sollte ein zentraler "Fonds für gesellschaftliche (soziale, kulturelle und ökologische) Gemeinschaftsaufgaben" eingerichtet werden, der zunächst eine zentral aufzubringende Grundausstattung in Höhe von 50 Mrd. DM erhält und an dessen laufender Finanzierung sich die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger bzw. die Bundesanstalt für Arbeit in dem Maße beteiligen, wie sie durch die im ÖBS entstandene zusätzliche Beschäftigung finanziell (durch zusätzliche Steuereinnahmen und geringere Ausgaben zur Unterstützung Arbeitsloser) entlastet werden. In diesem Umfang findet nach einer gewissen Anlaufphase eine Selbstfinanzierung statt; anstelle schädlicher Arbeitslosigkeit wird nützliche Arbeit finanziert. Darüber hinaus werden aber zusätzliche Mittel in dem - wechselnden - Umfang bereitgestellt werden müssen, der der beschäftigungspolitischen Pufferfunktion des ÖBS entspricht: die Arbeitskräfte in sinnvoller Erwerbsarbeit zu bringen, die vom regulären privaten und öffentlichen Arbeitsmarkt nicht aufgenommen werden. Die Vergabe der Gelder und die Kontrolle über ihre Verwendung unterliegen selbstverständlich dem ordentlichen parlamentarischen Haushaltsverfahren. Die Organisation und Durchführung der konkreten Tätigkeiten und Projekte des ÖBS sollten aber große Spielräume für die Entscheidungen kleiner Einheiten auf regionaler und lokaler Basis lassen, um so den erwünschten föderalen, kooperativen und demokratischen Charakter des ÖBS zu stärken. *Wir schlagen vor, mit dem Einsatz von 50 Mrd. DM 1 Million Arbeitsplätze im ÖBS zu schaffen.*

15. *Arbeitszeitverkürzung* bleibt ein unverzichtbarer Ansatz der Beschäftigungspolitik. Wenn das nachgefragte Arbeitsvolumen sinkt, kann die Zahl der Beschäftigten durch die Verringerung des individuellen Arbeitsangebotes, d.h. die Kürzung der Arbeitszeit, vergrößert werden. Daß Arbeitszeitverkürzungen ab einer bestimmten Schwelle beschäftigungswirksam sind, kann theoretisch nicht ernsthaft bestritten und empirisch nicht bezweifelt werden. Die Erfahrungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind jedenfalls eindeutig positiv und haben zu einer Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze in Westdeutschland um zwischen 700.000 und 1 Million geführt.

In den 90er Jahren ist jedoch nicht nur die faktische Arbeitszeitverkürzung, sondern auch die politische Diskussion darüber in Deutschland zum Erliegen gekommen - im Unterschied zu fast allen anderen europäischen Ländern. Das liegt zum einen an dem geänderten politischen Kräfteverhältnis, das die Arbeitgeber zum arbeitszeitpolitischen roll-back nutzen. Sie fordern, daß die Beschäftigten wieder länger - und obendrein ohne Lohnausgleich - arbeiten sollen; und die öffentlichen Arbeitgeber spielen bei dieser At-

tacke eine unrühmliche Vorreiterrolle. Der faktische Stillstand der arbeitszeitpolitischen Diskussion ist aber zum anderen auch auf schlechte Erfahrungen der Beschäftigten zurückzuführen: Viele Bereiche haben von der Arbeitszeitverkürzung kaum profitiert; darüber hinaus ist Verkürzung der Arbeitszeit oft mit Intensivierung der Arbeit und rein arbeitgeberorientierter Flexibilisierung verbunden gewesen; schließlich hat Arbeitszeitverkürzung faktisch regelmäßig Einkommenseinbußen mit sich gebracht. Insbesondere diese letzteren wollen die Beschäftigten, deren reale Nettoeinkommen gegenwärtig durchschnittlich um 7 vH unter dem Niveau von 1991 liegen, nicht erneut hinnehmen - und sehr viele können sich einen erneuten Verzicht auch gar nicht leisten.

Trotz dieser Erfahrungen führt jedoch kein Weg an der Notwendigkeit vorbei, zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit auch kräftige Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Daß dies auch durchaus zentraler Bestandteil von Regierungspolitik sein kann, zeigt das Beispiel Frankreich: Dort wurde im Februar dieses Jahres ein Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche bis zum Jahre 2000 (für kleinere Betriebe bis 2002) verabschiedet. Bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 39 Stunden bedeutet das eine Verkürzung um gut 10 vH. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um den gleichen Prozentsatz würde in Deutschland - bei einem Ausgangswert von durchschnittlich 37,4 Wochenstunden im Jahre 1997 - zu einer Durchschnittsarbeitszeit von 33,7 Stunden führen - und die deutschen Unternehmen nicht stärker belasten als die Unternehmen des wichtigsten Handelspartners Frankreich. Bei einer nur 50 prozentigen Umsetzung in zusätzliche Beschäftigung führt ein solcher Schritt zu 1,7 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen. Natürlich ist dies eine schematische Rechnung, deren konkrete Umsetzung unterschiedliche Formen der Arbeitszeitverkürzung erfordert. Sie ist aber möglich und wird in Frankreich angegangen.

Die Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzungen und die Erfahrungen der Vergangenheit legen die Schlußfolgerung nahe, daß die Verminderung der Arbeitszeit und die Steigerung der Realeinkommen nicht als sich ausschließende Alternativen angesehen werden dürfen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist dies ohnehin einleuchtend: Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich führen faktisch zu einem Schrumpfen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zum weiteren Arbeitsplatzabbau. Die Lohnkostensteigerungen, die mit steigenden Realeinkommen bei kürzerer Arbeitszeit einhergehen, sollten nicht übertrieben werden: Sie werden zum Teil durch sinkende Kapitalkosten bei steigender Kapazitätsauslastung, zum Teil durch steigende Arbeitsproduktivität kompensiert (die freilich auch den Beschäftigungseffekt mindert). Bei kleinen und mittleren Unternehmen, bei denen Arbeitszeitverkürzungen und Lohnsteigerungen erhebliche Übergangsprobleme schaffen würden, können zeitlich befristete Lohnkostensubventionen gewährt werden, sofern die Arbeitszeitverkürzung tatsächlich mit Neueinstellungen verbunden wird. Dies kann aber nicht die Regel sein. Die Regel vielmehr sollte lauten: Soweit die Kombination von Arbeitszeitverkürzungen und Realeinkommenssteigerungen zu einem Anstieg der Gesamtstückkosten und einer Verminderung der Profitspanne sowie der Gewinnquote führt, würde dies eine Teilkorrektur der enormen Umverteilung zugunsten der Gewinne einleiten, die seit nunmehr fast 20 Jahren anhält und die Lohn- und Gehaltsquote auf ihren niedrigsten Wert seit den 60er Jahren gedrückt hat. Diese Rückverteilung ist aus sozialen und Gerechtigkeitsgründen seit langem überfällig. Sie ist aber auch gesamtwirtschaftlich geboten, denn die zunehmende Ungleichverteilung ist ein zusätzlicher Grund für niedrige Wachstumsraten und hohe Arbeitslosigkeit.

16. Keiner dieser beschäftigungspolitischen Hebel kann alleine die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik überwinden. Im Rahmen einer Gesamtstrategie, die alle Maßnahmen gleichzeitig und koordiniert einsetzt, kann ihre Wirkung jedoch sehr eindrucksvoll sein, wie die zusammenfassende Übersicht zeigt:

Maßnahme	Beschäftigungswirkung in Millionen
Arbeitszeitverkürzung um 10 vH	1,7
Öffentlicher Beschäftigungssektor	1,0
Öffentliches Investitionsprogramm	1,0
Ausbau der Arbeitsmarktpolitik	0,5
Lohnkostensubventionen	0,5
<i>Zusammen</i>	<i>4,7</i>

IV. Steuerpolitik zur Finanzierung und Gestaltung des Kurswechsels

17. Vorschläge für eine offensive staatliche Beschäftigungspolitik finden sich immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob und wie sie zu finanzieren seien. Zur Beantwortung dieser Frage verweisen wir - und nicht nur wir - zunächst immer wieder auf den hohen *Selbstfinanzierungseffekt*, der eintritt, wenn die vorgeschlagene Politik greift und tatsächlich zu mehr Beschäftigung führt. Dann fließen den öffentlichen Haushalten mehr Steuern und den Sozialversicherungsträgern mehr Beiträge zu, die Bundesanstalt für Arbeit muß weniger Unterstützungszahlungen leisten, und die Gemeinden werden in geringerem Maße durch Sozialhilfe belastet. Insofern ist die Beschäftigungspolitik eine ertragbringende staatliche Tätigkeit, die, bis die Erträge fließen, durch *Nettokreditaufnahme* vorfinanziert werden sollte. Die parteienübergreifende Tabuisierung der staatlichen Neuverschuldung ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ebenso unberechtigt, wie es die der Fremdfinanzierung unternehmerischer Investitionen wäre. Verständlich wird die Angst vor weiterer Schuldenaufnahme allerdings angesichts der damit verbundenen hohen Zinsbelastungen, die den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte stark einschränken. Diese Zinsbelastung hat jedoch nichts mit der Neuverschuldung an sich zu tun, sondern ist Ausdruck ihrer konkreten Organisation. Daß staatliche Schuldenaufnahme über den Kapitalmarkt abgewickelt wird, entspricht nicht ihrem Wesen, sondern den Interessen der AnbieterInnen von Geldvermögen und insbesondere denen der Finanzinstitutionen, die daran verdienen. Die Alternative hierzu sind zinslose Notenbankkredite. Sie könnten ohne technische Probleme und in den hier zur Debatte stehenden Grenzen und unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen unterausgelasteter Produktionskapazitäten ohne Inflationsgefahren vergeben werden und würden staatliche Beschäftigungspolitik erheblich verbilligen. Dies wurde übrigens vor zehn Jahren auch noch von sozialdemokratischen Politikern gefordert. Wir plädieren daher dafür, das insgesamt von uns für erforderlich gehaltene jährliche Finanzvolumen in Höhe von 215 Mrd. DM zur Hälfte durch Neuverschuldung zu finanzieren und von dieser Neuverschuldung einen erheblichen Teil durch zinslosen Notenbankkredit aufzubringen. Die Tatsache, daß hierzu unter Bedingungen der Europäischen Währungsunion eine Änderung des EU-Vertrages erforderlich wäre, sollte nicht davon abhalten, die Vernünftigkeit einer solchen Finanzierung weiter zu verdeutlichen.

Im übrigen reden wir nicht einer grenzenlosen staatlichen Schuldenaufnahme das Wort. Wir bestehen aber auf der öffentlichen Verantwortung für eine funktionsfähige Wirtschaft, zu der wir in der Perspektive auch die Gewährleistung von Vollbeschäftigung und in kurzer Frist eine energische Politik zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zählen. In dem Maße wie diese Politik greift, entfällt von dieser Seite die

Notwendigkeit weiterer Neuverschuldung. Sie wird immer dann wieder aktuell, wenn es etwa aufgrund konjunktureller Einbrüche zur Notwendigkeit stabilisierenden staatlichen Gegensteuerns kommt. Ein Beispiel hierfür ist England, wo die Zulassung einer deutlich überdurchschnittlichen Neuverschuldung in der Krise 1992/93 zu einem ebenso deutlich überdurchschnittlichen Wachstum in den Jahren danach geführt hat - und die Neuverschuldung mittlerweile nicht nur, aber auch aufgrund dieser Entwicklung stark gesunken ist. Allgemein läßt sich sagen, daß Staatsverschuldung dann sinnvoll ist, wenn durch ihren Einsatz eine zeitlich befristete Krise oder Destabilisierung behoben wird und danach keine zusätzlichen Mittel mehr erforderlich sind. Insofern wäre diese staatliche Schuldenaufnahme ein Übergangsphänomen.

18. Die Finanzierung öffentlicher *Daueraufgaben* sollte demgegenüber nicht durch Schuldenaufnahme, sondern durch reguläre Steuereinnahmen erfolgen. Wesentlich bei der Bestimmung der Höhe der Steuereinnahmen muß also in jedem Fall die politische, in einem transparenten demokratischen Verfahren gefällte Entscheidung darüber sein, was in einer Gesellschaft als öffentliche Daueraufgabe anzusehen und also auch aus dem gemeinsam aufzubringenden Steueraufkommen zu finanzieren ist. Steuern haben insofern in erster Linie eine Finanzierungsfunktion für den öffentlichen Gesamthaushalt. Darüber hinaus ist Steuerpolitik natürlich immer auch Strukturpolitik und kann daher auch zur bewußten Lenkung und Gestaltung wirtschaftlicher Strukturen und Entwicklungen eingesetzt werden.

Hinsichtlich der *Höhe der Steuereinnahmen insgesamt* sehen wir für die absehbare Zukunft keinen Spielraum für eine allgemeine Senkung der Steuern. Der Umfang der öffentlichen Aufgaben wird in Zukunft nicht ab-, sondern zunehmen. Insbesondere wird der private Sektor nicht so stark wachsen, daß alle Personen, die eine Erwerbsarbeit suchen, dort eine Beschäftigung finden werden. Der von uns oben skizzierte ÖBS wird also eine öffentliche Daueraufgabe werden und daher auch aus regulären Staatseinnahmen zu finanzieren sein. Auch die Erfordernisse der Regional-, Struktur- und Sozialpolitik werden wachsen. Selbst wenn es aufgrund einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik wieder zu mehr Beschäftigung und Steuereinnahmen kommt, wird daher keine allgemeine Steuersenkung möglich. Eher wird es nötig sein, die Steuerquote anzuheben und gleichzeitig die Steuerstruktur verteilungspolitisch zugunsten der niedrigen Einkommensgruppen zu korrigieren.

Bei den *Lenkungsaufgaben* des Steuersystems halten wir die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit, an ökologischer Nachhaltigkeit und am Schutz der Produktionswirtschaft vor den destabilisierenden Gefahren des freien Kapitalverkehrs für vordringlich:

a. Die *soziale Gerechtigkeit* des Steuersystems ist seit Antritt der Regierung Kohl in besonderem Maße unter die Räder gekommen. Auf die skandalöse Auseinanderentwicklung von Lohn- und Gewinnbesteuerung haben wir oben schon hingewiesen. In den 15 Jahren dieser Koalition ist das Aufkommen aus veranlagter Einkommensteuer von 31 Mrd. DM auf 4,5 Mrd. DM gesunken, ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen von 8,1 vH auf 0,6 vH, also auf ein Vierzehntel zurückgegangen. Der Anteil aller Steuern auf Gewinne, Kapitalerträge und veranlagte Einkommen hat sich von 15,0 vH in 1982 auf 7,9 vH im vergangenen Jahr halbiert, während der Anteil der Lohnsteuern (einschl. Ergänzungsabgabe) von 32,6 vH auf 34,7 vH wuchs. Am stärksten aber nahm die Umsatzsteuer zu: 1982 lag ihr Anteil am Steueraufkommen bei 25,8 vH, im vergangenen Jahr bei 30,4 vH. Wäre die Steuerverteilung 1997 noch die gleiche gewesen wie 1982, dann hätten die ArbeitnehmerInnen 17 Mrd. DM weniger Lohnsteuer und die VerbraucherInnen 37 Mrd. DM weniger Umsatzsteuern, die BezieherInnen von Gewinnen, Kapitalerträgen und veranlagten Einkommen dagegen 57 Mrd. DM *mehr* Steuern zahlen müssen. Es ist offensichtlich, daß diese Umverteilung das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit kraß verletzt.

Zur Korrektur dieser steuerpolitischen Ungerechtigkeit schlagen wir vor:

- am *unteren Ende der Einkommensteuer*: die Erhöhung des Grundfreibetrags auf 16.000/32.000 DM sowie die Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 19 vH zur Entlastung der unteren Einkommensgruppen. Der Anstieg der Nettoeinkommen bei den hiervon begünstigten Gruppen wird zu einer Belebung der konsumtiven Nachfrage führen und daher beschäftigungsfördernd wirken.
- am *oberen Ende der Einkommensteuer*: die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von 53 vH und seine Anwendung auch auf gewerbliche Einkünfte; die Beibehaltung der oberen Proportionalzone bei 120.000/240.000 DM. Gleichzeitig fordern wir die radikale Beschränkung der Möglichkeiten, die Bemessungsgrundlage durch Absetzungen, Sonderabschreibungen, Vor- und Rückträge von Verlusten oder Gewinnen zu vermindern; die volle Besteuerung von Veräußerungsgewinnen für Wertpapiere und Immobilien, die Einführung des Wertaufholungsgebotes und die radikale Beschränkung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten.
- die Wiedereinführung der *Vermögensteuer* für private Haushalte mit einem Freibetrag von 500.000 DM pro Haushalt und einem ab 500.000 DM bis 10 Mio. DM linear von 1 vH bis 3 vH steigenden Satz.
- den Ersatz der Gewerbeertragsteuer durch eine kommunale *Wertschöpfungssteuer*, die auch von Selbständigen aufzubringen ist und sicherstellen soll, daß den Gemeinden auch weiterhin Einnahmen zufließen, die den bisherigen Einkünften aus der Gewerbeertrag- und Gewerbesteuer (1997 rund 49 Mrd. DM) entsprechen.

b. Der *ökologische Umbau* der Wirtschaft ist in den letzten Jahren weitgehend aus der öffentlichen Diskussion verdrängt und von der politischen Tagesordnung gestrichen worden. Dabei haben die Probleme und Gefahren der Umweltzerstörung nicht ab-, sondern zugenommen. Insbesondere der individuelle Automobilverkehr erlebt einen neuen Aufschwung, und die Verringerung der Luftverschmutzung pro Auto wird durch die größere Automobildichte weit überkompensiert. Der Energieverbrauch und die CO₂-Emission sind nach einem leichten Rückgang in den 80er Jahren mittlerweile wieder stark gewachsen, und eine energiepolitische Wende ist nicht in Sicht. Zum Anhalten und zur Umkehr dieser Entwicklung sind einerseits strengere administrative Vorschriften wie Verbote und Grenzwerte und die Kontrolle ihrer Einhaltung sowie andererseits umfangreiche öffentliche Investitionen in eine ökologisch verträgliche Infrastruktur erforderlich. Ökologischer Umbau muß aber auch durch Steuerpolitik unterstützt werden. Zu diesem Zweck schlagen wir vor:

- die schrittweise Erhöhung der *Mineralölsteuer* um 5 DM innerhalb der nächsten zehn Jahre, beginnend ab 1999. Unter der Annahme eines in der Anfangsphase nur leicht zurückgehenden Benzinverbrauchs infolge der schrittweisen Verteuerung ist mit einem Aufkommen von zunächst rund 11 Mrd. DM zu rechnen.
- die Einführung einer schrittweise steigenden Mengensteuer auf den Verbrauch von Energie und Strom, ausgenommen regenerative Energien.

Das Aufkommen aus den ökologischen Lenkungssteuern sollte - abweichend vom ansonsten geltenden Prinzip der Nichtzurechnung von bestimmten Einnahmen auf spezifische Ausgaben - zur finanziellen Unterstützung des ökologischen Umbaus - Altlastensanierung, Förderung regenerativer Energieträger, Ausbau des ÖPNV - genutzt werden.

c. Die Entwicklung nationaler und internationaler Finanzmärkte ist in den letzten 20 Jahren durch umfangreiche Deregulierungen und Liberalisierungen politisch forciert worden. Dies hat die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten von Regierungen eingeschränkt und die Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen erschüttert. Um diese Störfaktoren wenigstens teilweise zu neutralisieren, schlagen wir die Einführung einer *Devisentransaktionssteuer* in Höhe von 1 vH vor. Sie würde kurzfristige Kapitalbewegungen, die auf die Ausnutzung zwischenstaatlicher Zinsdifferenzen oder auf Spekulationsgewinne aus erwarteten Wechselkursveränderungen abzielen, erheblich verteuern und daher einschränken. Die Verteuerung der internationalen Handelsströme durch diese Steuer kann demgegenüber dadurch verhindert werden, daß die Einfuhrumsatzsteuer um den Prozentsatz der Devisentransaktionssteuer gesenkt wird. Unter der Annahme einer Verminderung der Devisentransaktionen um die Hälfte würde das Aufkommen aus der Steuer rund 30 Mrd. DM betragen. Bei Beginn der Währungsunion sollte diese Transaktionssteuer von der EU insgesamt erhoben werden - auch um die Mitglieder der EU zu schützen, die nicht Mitglieder der Währungsunion sind.

19. Die skizzierten Vorschläge für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in Deutschland verstoßen offensichtlich gegen den vorherrschenden politischen und wirtschaftswissenschaftlichen Grundkonsens, der besagt, daß allein der Markt - und das heißt letztlich der Gewinn privater Unternehmen - über Arbeit, soziale Sicherheit und Wohlstand der Menschen befindet und Wirtschaftspolitik daher nur die Aufgabe hat, den Kräften des Marktes alle Freiheiten zu verschaffen. Die Forderung, angesichts der katastrophalen Ergebnisse einer Politik, die dieser Maxime folgt, gezielte Wirtschaftspolitik zur Herstellung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse zu betreiben, wird nicht nur auf Widerspruch, sondern, wenn sie zur politischen Forderung wird, auch auf Widerstand derer stoßen, die von den bestehenden Verhältnissen profitieren. Der Versuch, diesen Interessen durch Kompromisse und Mäßigung entgegenzukommen und einen Ausgleich zu suchen, ist in den vergangenen Jahren brüsk zurückgewiesen worden. Er hat nicht verhindert, daß die Lage erneut schlechter geworden ist: Lohnmäßigung hat zu niedrigeren Löhnen, aber nicht zu mehr, sondern zu weniger Beschäftigung geführt. Ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel in der von uns vorgeschlagenen Art hat die ökonomische Vernunft und die soziale Gerechtigkeit auf seiner Seite. Er bedarf aber zusätzlich der Durchsetzungsmacht. Daß Politik gegen den Neoliberalismus tatsächlich möglich ist, belegt das französische Beispiel. Frankreich zeigt aber auch, daß es dazu nur kommt, wenn Beschäftigte und Arbeitslose, Gewerkschaften und Parteien bereit sind, für einen solchen Wechsel auf die Straße zu gehen, zu mobilisieren und politischen Druck auf allen Ebenen der Gesellschaft zu organisieren. Auf diesen Druck kommt es jetzt auch in Deutschland besonders an.

Kontaktanschrift:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Postfach 33 04 47

28334 Bremen

<http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/>